



Gerichtshof der Europäischen Union Terminhinweise

5. Juni – 16. Juni 2023

Eine vollständige
Terminübersicht finden
Sie im Kalender auf
unserer Website Curia.

**Soweit nicht anders
angegeben beginnen
alle Sitzungen um 9.30
Uhr.**

Kontakt:

Marguerite Saché
Pressereferentin
+352 4303 3549

Ana-Maria Krestel
Assistentin
+352 4303 3645

Folgen Sie uns auf
Twitter: [@EUCourtPress](https://twitter.com/EUCourtPress)
oder [@CourUEPresse](https://twitter.com/CourUEPresse)

[Datenschutzhinweis](#)

Montag, 5. Juni 2023

14.30 Uhr!

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-204/21 Kommission / Polen (Unabhängigkeit und Privatleben von Richtern)

Disziplinarkammer des polnischen Obersten Gerichts u.a.

Die Kommission hat Polen vor dem Gerichtshof verklagt, weil eine Reihe von Regelungen des polnischen Justizsystems gegen EU-Recht verstießen.

Konkret rügt die Kommission, dass

- allen polnischen Gerichten die Prüfung untersagt sei, ob die unionsrechtlichen Anforderungen in Bezug auf ein unabhängiges, unparteiisches und zuvor durch Gesetz errichtetes Gericht erfüllt sind;
- für die Prüfung von Rügen und Rechtsfragen betreffend die fehlende Unabhängigkeit eines Gerichts oder eines Richters ausschließlich die Kammer für außerordentliche Überprüfung und öffentliche Angelegenheiten des Obersten Gerichts zuständig sei;
- die Prüfung, ob die unionsrechtlichen Anforderungen in Bezug auf ein unabhängiges, unparteiisches und zuvor durch Gesetz errichtetes Gericht erfüllt sind, als „Disziplinarvergehen“ gewertet werden könne;

- die Disziplinarkammer des Obersten Gerichts, deren Unabhängigkeit und Unparteilichkeit nicht gewährleistet seien, ermächtigt sei, in Sachen zu entscheiden, die sich unmittelbar auf den Status und die Amtsausübung von Richtern und Assessoren auswirkten, etwa zum einen Sachen betreffend die Zustimmung dazu, dass Richter und Assessoren strafrechtlich zur Verantwortung gezogen oder festgenommen werden, und zum anderen arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Sachen betreffend die Richter des Oberstes Gericht sowie Sachen betreffend die Versetzung eines solchen Richters in den Ruhestand; und
- das Recht auf Achtung des Privatlebens und das Recht auf Schutz personenbezogener Daten verletzt würden.

Generalanwalt Collins legte am 15. Dezember 2022 seine Schlussanträge vor (siehe Pressemitteilung Nr. [201/22](#)).

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** sowie **Filmaufnahmen von Europe by Satellite (EBS)** geben.

Weitere Informationen

Zur Erinnerung : Mit Beschluss vom 27. Oktober 2021 hat der Vizepräsident des Gerichtshofs im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes Polen ein tägliches Zwangsgeld in Höhe von 1 Mio. Euro auferlegt, weil es die Anwendung der streitigen Vorschriften entgegen einer einstweiligen Anordnung vom 14. Juli 2022 nicht ausgesetzt habe, siehe Communiqués de presse [n° 192/21](#) und [n° 127/21](#). Mit Beschluss vom 21. April 2023 hat der Vizepräsident des Gerichtshofs das tägliche Zwangsgeld auf 500 000 Euro herabgesetzt (siehe Pressemitteilung [Nr. 65/23](#)).

Dienstag, 6. Juni 2023

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-700/21 O. G. (Europäischer Haftbefehl gegen einen Drittstaatsangehörigen)

Ablehnung der Übergabe bei Vollstreckung der Strafe im Inland

Ein moldauischer Staatsangehöriger mit ständigem Wohnsitz in Italien wurde in Rumänien rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt. Daraufhin stellte ein rumänisches Gericht gegen den Betroffenen

einen europäischen Haftbefehl (EHB) zum Zweck der Vollstreckung dieser Strafe aus.

Das mit dem EHB befasste italienische Gericht hat Zweifel, ob die Übergabe des Betroffenen an Rumänien wegen dessen familiären und beruflichen Verwurzelung in Italien abgelehnt werden kann. Der Rahmenbeschluss 2002/584 über den EHB sehe zwar vor, dass die Übergabe abgelehnt werden kann, wenn sich die gesuchte Person im Inland aufhält, ein eigener Staatsangehöriger ist oder ihren Wohnsitz im Inland hat und sich der um die Übergabe ersuchte Staat verpflichtet, die Strafe selbst zu vollstrecken. Nach italienischem Recht sei diese Befugnis jedoch auf italienische Staatsangehörige und andere EU-Bürger beschränkt. Sie gelte nicht für Drittstaatsangehörige. Allerdings könnte dieser Ausschluss mit der Achtung des Privat- und Familienlebens einer gesuchten Person, die in Italien starke soziale und familiäre Bindungen habe, unvereinbar sein.

Das italienische Gericht wandte sich daher an den italienischen Verfassungsgerichtshof, welcher wiederum vom Gerichtshof wissen möchte, ob das Unionsrecht einer Regelung wie der italienischen entgegensteht, wonach es den vollstreckenden Justizbehörden ausnahmslos verwehrt ist, die Übergabe von Drittstaatsangehörigen abzulehnen, unabhängig von den Verbindungen, die sie zu Italien haben.

In seinen Schlussanträgen vom 15. Dezember 2022 hat Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona vorgeschlagen, diese Frage zu bejahen.

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** geben.

Weitere Informationen

Dienstag, 6. Juni 2023

Mündliche Verhandlung vor dem **Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-406/22 **Ministerstvo vnitra České republiky, Odbor azylové a migrační politiky****

Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten

Ein moldauischer Staatsangehöriger stellte im Februar 2022 in der Tschechischen Republik einen Antrag auf internationalen Schutz.

Unbekannte hätten ihn im Jahr 2015, nachdem er Zeuge eines Verkehrsunfalls geworden sei, zusammengeschlagen und sein Haus abgebrannt. Daraufhin reiste er mit einem falschen rumänischen Reisepass in die Tschechische Republik. 2016 und 2019 kehrte er in die Republik Moldau zurück, und bemühte sich hierbei, so unauffällig wie möglich zu bleiben. Anschließend reiste er zurück in die Tschechische Republik und stellte dort den besagten Antrag, um seinen Aufenthalt zu legalisieren. Dieser wurde vom tschechischen Innenministerium als offensichtlich unbegründet abgelehnt, weil die tschechische Republik die Republik Moldau, abgesehen von Transnistrien, als sicheren Herkunftsstaat einstufte.

Der Betroffene erhob sodann Klage vor einem tschechischen Gericht. Dieses hat den Gerichtshof hinsichtlich der Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten um Vorabentscheidung ersucht.

Heute findet die mündliche Verhandlung vor der Großen Kammer des Gerichtshofs statt.

Weitere Informationen

Dienstag, 6. Juni 2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-360/22 Berezkin / Rat

Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine

Im April 2022 beschloss der Rat angesichts der Situation in der Ukraine, die Gelder von Grigory Viktorovitsj Berezkin einzufrieren.

Grigory Berezkin sei ein führender russischer Geschäftsmann und gelte als Helfershelfer des Präsidenten Vladimir Putin. Er sei Vorstandsvorsitzender der ESN Group, einer russischen Private-Equity-Gruppe mit einem Portfolio von Investitionen in verschiedene Branchen, einschließlich Medien, Energie, Infrastruktur, IT, natürliche Ressourcen und petrochemischer Sektor. Die ESN Group sei eine der größten Holdinggesellschaften Russlands.

2019 hätten Saudi Basic Industries Corporation (SABIC), der Russian Direct Investment Fund (RDIF) und die ESN Group eine Vereinbarung über Investitionen in ein Projekt zur Konzeption, zum Bau und zum Betrieb einer Methanolfabrik in der Region Amur in Russlands Fernem Osten unterzeichnet. 2021 hätten VEB.RF, VTB, die ESN Group, das Ministerium

für die Entwicklung von Russlands Fernem Osten, Marubeni Corporation und Mitsui O.S.K. während des Osteuropäischen Wirtschaftsforums eine Vereinbarung mit dem Ziel der Entwicklung eines Projekts für den Bau von methanolbetriebenen Schiffen durch russische Werften unterzeichnet. An der feierlichen Unterzeichnung habe der Präsident Putin teilgenommen.

Als Vorstandsvorsitzender der ESN Group sei Grigory Berezkin ein führender Geschäftsmann, der in Bereichen der Wirtschaft tätig sei, die der Regierung der Russischen Föderation, die für die Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ukraine verantwortlich sei, als wichtige Einnahmenquelle dienen. Außerdem unterstütze er die Regierung der Russischen Föderation, die für die Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ukraine verantwortlich sei, materiell und finanziell und profitiere von ihr.

Herr Berezkin hat die gegen ihn verhängten Sanktionen vor dem Gericht der EU angefochten.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Dienstag, 6. Juni 2023

14.30 Uhr

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-237/22 Usmanov / Rat

Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine

Im April 2022 beschloss der Rat angesichts der Situation in der Ukraine, die Gelder von Alisher Usmanov einzufrieren.

Alisher Usmanov sei ein kremelfreundlicher Oligarch, der besonders enge Verbindungen zum russischen Präsidenten Vladimir Putin unterhalte. Er werde als einer der von Putin besonders favorisierten Oligarchen betrachtet. Er gelte als einer der Geschäftsleute/Beamten Russlands, die mit der Verwaltung von Finanzströmen betraut wurden, deren Stellung aber vom Willen des Präsidenten abhängt. Berichten zufolge habe Herr Usmanov als Strohmännchen für Präsident Putin gedient und seine geschäftlichen Probleme gelöst. Nach Unterlagen von FinCEN habe er 6 Mio. Dollar an Vladimir

Putins einflussreichen Berater Valentin Yumashev gezahlt. Dmitry Medvedev, stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates und ehemaliger Präsident und Ministerpräsident Russlands, habe persönlich luxuriöse Anwesen nutzen können, die unter der Kontrolle von Herrn Usmanov stünden. Daher habe er russische Entscheidungsträger, die für die Situation in der Ukraine verantwortlich seien, materiell oder finanziell aktiv unterstützt.

Herr Usmanov halte außerdem Beteiligungen an Eisenerz und Stahl, Medien und Internetunternehmen. Seine größte Beteiligung sei die am Stahlgiganten Metalloinvest. Als er die Kontrolle über die Geschäfte der Tageszeitung Kommersant übernommen habe, seien daraus Beschneidungen der Freiheit des Redaktionspersonals und der Übergang zu einer ausdrücklich kremelfreundlichen Berichterstattung gefolgt. Als der Kommersant sich im Besitz von Herrn Usmanov befunden habe, sei dort ein gegen die Ukraine ausgerichteter Artikel von Dmitry Medvedev veröffentlicht worden, in dem der ehemalige Präsident Russlands argumentiere, dass es sinnlos sei, Gespräche mit der aktuellen Regierung der Ukraine aufzunehmen, da diese seiner Meinung nach direkt unter ausländischer Kontrolle stehe.

Herr Usmanov hat die gegen ihn verhängten Sanktionen vor dem Gericht der EU angefochten.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Dienstag, 6. Juni 2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-449/21 Natixis / Kommission

Kartell beim Handel mit europäischen Staatsanleihen

Die Kommission stellte mit Beschluss vom 20. Mai 2021 fest, dass die Investmentbank Natixis – neben sechs anderen Banken – gegen die EU-Kartellregeln verstoßen habe, da sich eine Gruppe ihrer Wertpapierhändler an einem Kartell auf dem Primär- und Sekundärmarkt für europäische Staatsanleihen beteiligt habe. Natixis und die anderen Investmentbanken

hätten gegen das Verbot von Preisabsprachen verstoßen (siehe auch Pressemitteilung der Kommission [IP/21/2565](#)).

Natixis hat den Beschluss der Kommission vor dem Gericht der EU angefochten.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Mittwoch, 7. Juni 2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-414/22 DocLX Travel Events und C-584/22 Kiwi Tours

Rückerstattung der Reisekosten bei pandemiebedingten Umständen

C-414/22: Der österreichische Verein für Konsumenteninformation begehrt vor den österreichischen Gerichten von dem Reiseunternehmen DocLX Travel Events die Zahlung eines ihm abgetretenen Ersatzanspruchs eines Verbrauchers bezüglich einer Reise, die für den Sommer 2020 geplant war, aber nicht durchgeführt wurde.

Der besagte Verbraucher buchte bei DocLX Travel Events eine als „Partyreise“ bezeichnete Reise. Am 13. März 2020 riet das österreichische Außenministerium aufgrund der Covid-19 Pandemie, nicht unbedingt notwendige Reisen zu verschieben oder von Rücktrittsmöglichkeiten Gebrauch zu machen.

Im April 2020 informierte DocLX Travel Events den Verbraucher per Mail darüber, dass eine kostenlose Stornierung der Reise derzeit „nicht möglich sei“, und bot ihm eine Stornierung der Reise zu einer reduzierten Gebühr an. Der Verbraucher nahm dieses Angebot an, machte aber im Nachhinein geltend, er habe dies bloß im Vertrauen auf die Aussage des Reiseunternehmens, die Stornierung sei „noch“ nicht möglich, getan.

C-584/22: Ein deutscher Verbraucher buchte im Januar 2020 bei dem Reiseunternehmen Kiwi Tours eine Reise nach Japan, die vom 3. bis zum 12. April 2020 stattfinden und 6.148,00 Euro kosten sollte. Am 31. Januar 2020 leistete er eine Anzahlung von 1.230,00 Euro.

Mit Schreiben vom 1. März 2020 trat der Verbraucher wegen der vom Corona-Virus ausgehenden Gesundheitsgefährdung von der Reise zurück. Kiwi Tours erstellte daraufhin eine Stornorechnung über weitere 307,00 Euro, die der Verbraucher bezahlte.

Am 26. März 2020 erließ Japan ein Einreiseverbot. Der Verbraucher verlangte hierauf Rückzahlung der geleisteten Beträge. Da Kiwi Tours dem nicht nachkam, hat der Verbraucher das Unternehmen vor den deutschen Gerichten verklagt.

Der österreichische Oberste Gerichtshof und der deutsche Bundesgerichtshof möchten vom Gerichtshof zum einen wissen, ob nach dem Unionsrecht dem Reisenden der kostenfreie Rücktritt jedenfalls dann zusteht, wenn die unvermeidbaren, außergewöhnlichen Umstände, die die Pauschalreise erheblich beeinträchtigen, am Beginn der Reise tatsächlich eingetreten sind. Zum anderen möchten sie wissen, ob dem Reisenden der kostenfreie Rücktritt bereits dann zusteht, wenn zum Zeitpunkt der Rücktrittserklärung mit dem Eintritt unvermeidbarer, außergewöhnlicher Umstände zu rechnen war.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

[Weitere Informationen C-414/22](#)

[Weitere Informationen C-584/22](#)

Mittwoch, 7. Juni 2023

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-141/21 Shakutin / Rat

Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in Belarus

Im Dezember 2020 beschloss der Rat angesichts der Situation in Belarus, die Gelder von Aleksandr Vasilevich Shakutin einzufrieren.

Er sei einer der führenden in Belarus tätigen Geschäftsleute, mit Geschäftsinteressen im Bau-, Maschinenbau- und Agrarsektor sowie in anderen Sektoren.

Es werde berichtet, dass er eine derjenigen Personen sei, die unter Lukaschenkos Präsidentschaft am meisten von der Privatisierung profitiert haben. Er sei auch ein Mitglied des Präsidiums der für Lukaschenko eintretenden öffentlichen Vereinigung ‚Belaya Rus‘ und Mitglied des Rates für die Entwicklung der Unternehmerschaft in der Republik Belarus.

Damit profitiere er vom Lukaschenko-Regime und der für dieses geleisteten Unterstützung.

Im Juli 2020 habe er öffentliche Bemerkungen abgegeben, in denen er die Proteste der Opposition in Belarus verurteilt habe und damit zur Repression der Zivilgesellschaft und der demokratischen Opposition beigetragen habe. Herr Shakutin hat die gegen ihn verhängten Sanktionen vor dem Gericht der EU angefochten, das heute sein Urteil verkündet.

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** sowie **Filmaufnahmen von Europe by Satellite** ([EBS](#)) geben.

Weitere Informationen

Mittwoch, 7. Juni 2023

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-735/21 Aprile et Commerciale Italiana / EUIPO – DC Comics

Markenstreit um Fledermaus auf einem ovalen Hintergrund

Das italienische Unternehmen Commerciale Italiana hat beim Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) die Nichtigerklärung einer für die US-amerikanische DC Comics eingetragenen Bildmarke beantragt: Die Marke bestehe aus einer stilisierten Darstellung einer Fledermaus, was in konzeptioneller Hinsicht eng mit der überaus bekannten Figur von Batman verbunden sei. Das Motiv würde demnach vom Publikum nicht als Marke wahrgenommen, sondern bloß als ein dekoratives Detail der Batman-Figur.

Das EUIPO hat den Antrag abgelehnt (siehe auch EUIPO-Beschluss [R 1447/2020-2](#)).

Comerciale Italiana hat daraufhin den ablehnenden Beschluss des EUIPO vor dem Gericht der EU angefochten, das heute sein Urteil verkündet.

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** sowie **Filmaufnahmen von Europe by Satellite** ([EBS](#)) geben.

Weitere Informationen

Mittwoch, 7. Juni 2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-456/21 Bank of America und Bank of America Corporation

Kartell beim Handel mit europäischen Staatsanleihen

Die Kommission stellte mit Beschluss vom 20. Mai 2021 fest, dass die Investmentbank Bank of America – neben sechs anderen Banken – gegen die EU-Kartellregeln verstoßen habe, da sich eine Gruppe ihrer Wertpapierhändler an einem Kartell auf dem Primär- und Sekundärmarkt für europäische Staatsanleihen beteiligt habe. Bank of America und die anderen Investmentbanken hätten gegen das Verbot von Preisabsprachen verstoßen (siehe auch Pressemitteilung der Kommission [IP/21/2565](#)).

Die Bank of America und die Bank of America Corporation haben diesen Beschluss vor dem Gericht der EU angefochten.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Donnerstag, 8. Juni 2023

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-50/21 Prestige and Limousine

Beschränkungen für das Anbieten von Funkmietwagen in Barcelona

Ein Anbieter von Funkmietwagen im Großraum Barcelona beanstandet vor einem spanischen Gericht, dass nur *eine* Funkmietwagen-Genehmigung pro 30 Taxilizenzen erteilt wird und für das Anbieten von Funkmietwagendiensten im Stadtverkehr im Großraum Barcelona eine zusätzliche Genehmigung erforderlich ist.

Das spanische Gericht möchte vom Gerichtshof wissen, ob diese Regelungen mit dem Unionsrecht vereinbar sind, und zwar mit der Niederlassungsfreiheit und dem Verbot staatlicher Beihilfen.

Generalanwalt Szpunar hat in seinen Schlussanträgen vom 15. Dezember 2022 die Ansicht vertreten, dass die Begrenzung der Anzahl der Lizenzen für Funkmietwagen im Großraum Barcelona die Niederlassungsfreiheit verletze. Die wirtschaftliche Lebensfähigkeit von Taxidiensten als solche könne dieses Lizenzsystem nicht rechtfertigen (siehe auch Pressemitteilung [Nr. 206/22](#)).

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** sowie **Filmaufnahmen von Europe by Satellite** ([EBS](#)) geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 8. Juni 2023

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-407/21 UFC – Que choisir + CLCV

Minderung bzw. Erstattung des Reisepreises wegen Covid-19-Pandemie

Zwei französische Verbraucherschutzorganisationen beanstanden vor dem französischen Staatsrat Maßnahmen, die der französische Staat im Frühjahr 2020 erließ, um die Folgen der Covid-19-Pandemie für die Veranstalter und Vermittler von Pauschalreisen abzufedern. So sollten diese, wenn der Vertrag über eine Reise zwischen dem 1. März 2020 und dem 15. September 2020 aufgelöst wird, dem Kunden anstelle der vollen Erstattung einen Gutschein anbieten können. Dieses Angebot musste dem Kunden spätestens innerhalb von drei Monaten nach Mitteilung der Vertragsauflösung unterbreitet werden und sollte für einen Zeitraum von 18 Monaten gelten. Erst nach Ablauf dieser Frist hatte der Unternehmer dem Kunden alle getätigten Zahlungen voll zu erstatten, wenn dieser die ihm angebotene anderweitige Leistung nicht annahm.

Nach Ansicht der Verbraucherschutzorganisationen verstoßen diese Maßnahmen gegen die Pauschalreiserichtlinie, wonach Reisende im Fall der Beendigung eines Pauschalreisevertrags Anspruch auf volle Erstattung aller für diesen Vertrag getätigten Zahlungen innerhalb von 14 Tagen nach dessen Beendigung hätten.

Der französische Staatsrat hat den Gerichtshof dazu um Vorabentscheidung ersucht.

Generalanwältin Medina hat in ihren Schlussanträgen vom 15. September 2022 die Ansicht vertreten, dass die außergewöhnlichen Auswirkungen von Covid-19 auf den Tourismussektor eine vorübergehende Ausnahme von der Verpflichtung des Veranstalters, einem Verbraucher im Fall der Stornierung der Pauschalreise alle geleisteten Zahlungen innerhalb von 14 Tagen voll zu erstatten, ausnahmsweise rechtfertigen könnten. Jedoch müsse jede durch die Vertragswidrigkeit der Pauschalreise bedingte

Preisminderung im Hinblick auf sämtliche Umstände des Einzelfalls angemessen sein (siehe auch Pressemitteilung [Nr. 150/22](#))

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** sowie **Filmaufnahmen von Europe by Satellite** ([EBS](#)) geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 8. Juni 2023

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-540/21 Kommission / Slowakei (Recht auf kostenfreien Rücktritt)

Erstattung annullierter Reisen während der Pandemie

Die Kommission hat die Slowakei vor dem Gerichtshof verklagt, weil ihrer Ansicht nach die slowakischen Vorschriften gegen die EU-Vorschriften über die Rechte von Pauschalreisenden verstoßen.

Obwohl die Slowakei ursprünglich eine Änderung ihrer Rechtsvorschriften angekündigt habe, seien die im Mai 2020 verabschiedeten nationalen Bestimmungen über die Erstattung von Pauschalreisen, die aufgrund von COVID-19 annulliert wurden, weiterhin in Kraft. Danach müssten Reisende, deren Pauschalreise wegen COVID-19 annulliert wird, entweder einen geänderten Pauschalreisevertrag oder eine vom Reiseveranstalter als Ersatz angebotene andere Pauschalreise akzeptieren. Ein Anspruch auf Erstattung werde Reisenden erst ab dem 31. August 2021 eingeräumt (siehe auch Pressemitteilung der Kommission [IP/21/1830](#)). Ohne Schlussanträge.

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** sowie **Filmaufnahmen von Europe by Satellite** ([EBS](#)) geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 8. Juni 2023

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-49/22 Austrian Airlines (Repatriierungsflug)

Kosten für Repatriierungsflug zu Beginn der Covid-19-Pandemie

Ein Ehepaar war im Rahmen einer Pauschalreise am 7. März 2020 mit Austrian Airlines von Wien nach Mauritius geflogen. Den für den 20. März 2020 vorgesehenen Rückflug annullierte Austrian wegen der Covid-19-Pandemie. Gegen einen Unkostenbeitrag in Höhe von 500 Euro pro Person konnte das Ehepaar jedoch am gleichen Tag mit einem vom österreichischen Außenministerium organisierten Repatriierungsflug nach Wien zurückkehren. Dieser Flug wurde von Austrian Airlines durchgeführt, zu derselben Uhrzeit wie der ursprünglich geplante Rückflug.

Das Ehepaar ist der Meinung, dass Ihnen der Rückflug doppelt verrechnet worden sei und verlangt von Austrian die gezahlten 1 000 Euro erstattet.

Das mit dem Rechtsstreit befasste Landesgericht Korneuburg möchte vom Gerichtshof wissen, ob sich ein solcher Anspruch aus der Fluggastrechteverordnung ergibt.

Generalanwalt Emiliou hat in seinen Schlussanträgen vom 2. März 2023 die Ansicht vertreten, dass die Fluggastrechteverordnung keine Grundlage dafür biete, dass das Ehepaar von Austrian Airlines die Erstattung des für den Repatriierungsflug an das Ministerium gezahlten verpflichtenden Unkostenbeitrags verlangen könne. Das Ehepaar habe nach dieser Verordnung jedoch einen Anspruch auf Erstattung des vollständigen Flugpreises für den annullierten Rückflug.

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** sowie **Filmaufnahmen von Europe by Satellite** ([EBS](#)) geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 8. Juni 2023

Schlussanträge der Generalwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-457/21 P Kommission / Amazon.com u.a.

Staatliche Beihilfen - Tax Rulings

Mit Beschluss vom 4. Oktober 2017 stellte die Kommission fest, dass Luxemburg Amazon unzulässige Steuervergünstigungen in Höhe von rund 250 Mio. Euro gewährt habe.

Die Steuerbelastung von Amazon sei durch einen Steuervorbescheid, der 2003 ausgestellt und 2011 verlängert worden sei, ohne triftigen Grund verringert worden. So seien fast drei Viertel der Gewinne von Amazon nicht besteuert worden. Diese selektive Begünstigung verstoße gegen das unionsrechtliche Verbot staatlicher Beihilfen. Die Kommission hat daher Luxemburg aufgefordert, die staatliche Beihilfe – nachdem ihr genauer Betrag von den luxemburgischen Steuerbehörden berechnet worden sei – von Amazon EU zurückzufordern (siehe auch Pressemitteilung der Kommission [IP/17/3701](#)).

Luxemburg und Amazon haben gegen diesen Beschluss Nichtigkeitsklagen beim Gericht der EU erhoben, mit Erfolg:

Mit Urteil vom 12. Mai 2021 erklärte das Gericht das Kommissionbeschluss für nichtig. Die Kommission habe rechtlich nicht hinreichend nachgewiesen, dass die Steuerlast einer europäischen Tochtergesellschaft des Amazon-Konzerns zu Unrecht verringert worden wäre (siehe Pressemitteilung [Nr. 79/21](#)).

Die Kommission hat dieses Urteil des Gerichts im Wege eines Rechtsmittels vor dem Gerichtshof angefochten.

Generalanwältin Kokott legt heute ihre Schlussanträge vor.

Zu diesen Schlussanträgen wird es eine **Pressemitteilung** geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 8. Juni 2023

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-376/22 Google Irland u.a.

Anwendbarkeit des nationalen Rechts auf internationale Träger sozialer Medien

Am 1. Januar 2021 trat in Österreich das Kommunikationsplattformen-Gesetz (KoPI-G) in Kraft. Dieses zielt auf eine Stärkung der Verantwortlichkeit der Anbieter von sog. "sozialen Medien" ab, indem es (auch ausländische) Anbieter von solchen Kommunikationsplattformen, unter anderem dazu verpflichtet, ein Melde- und Überprüfungsverfahren für rechtswidrige Inhalte einzurichten, regelmäßige Transparenzberichte

über den Umgang mit Meldungen zu veröffentlichen sowie im Inland verantwortliche und erreichbare Personen zu bestellen. Die von dem Gesetz erfassten Plattformen unterliegen der Aufsicht durch die Kommunikationsbehörde Austria. Bei Verstößen gegen Verpflichtungen aus dem KoPI-G kann die Kommunikationsbehörde Geldstrafen in der Höhe von bis zu zehn Millionen Euro verhängen.

Drei größere Anbieter von Kommunikationsplattformen (Google, Meta und TikTok) mit Sitz in Irland beantragten die Feststellung durch die Kommunikationsbehörde, dass das KoPI-G auf sie nicht anwendbar sei.

Sowohl die Kommunikationsbehörde als auch das in weiterer Folge angerufene österreichische Bundesverwaltungsgericht stellten je mit unterschiedlicher Begründung fest, dass das KoPI-G auf die Anbieter zur Anwendung kommt.

Dagegen richteten sich die Revisionen an den österreichischen Verwaltungsgerichtshof, in denen die Anbieter im Wesentlichen vorbringen, dass die Bestimmungen des KoPI-G nicht mit dem Unionsrecht vereinbar seien.

Der Verwaltungsgerichtshof hat den EuGH hierzu um Vorabentscheidung ersucht (siehe auch Mitteilung des [VwGH](#)).

Generalanwalt Szpunar legt heute seine Schlussanträge vor.

Zu diesen Schlussanträgen wird es eine **Pressemitteilung** geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 8. Juni 2023

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-218/22 Commune di Copertino

Urlaubsabteilung bei Eigenkündigung im öffentlichen Dienst

Ein Ausbildungsleiter der Comune di Copertino stellte nach 22-jähriger Tätigkeit einen ersten Antrag auf Entlassung, um im Laufe des Jahres 2015 in den Ruhestand versetzt zu werden. Dies wurde vom Istituto nazionale della previdenza sociale (INPS), dem Sozialversicherungsträger, mit der

Begründung abgelehnt, er erfülle nicht die Voraussetzungen für den Bezug einer Rente.

Der Ausbildungsleiter blieb daher im Dienst und stellte sodann einen Antrag auf Entlassung auf eigenen Wunsch und Eintritt in den vorzeitigen Ruhestand zum 1. Oktober 2016. Er schied daraufhin mit Wirkung vom 1. Oktober 2016 auf eigenen Wunsch aus dem Dienst aus.

Er macht geltend, im Zeitraum zwischen 2013 und 2016 habe er 79 Urlaubstage nicht nehmen können, und fordert daher deren Abgeltung.

Die Comune di Copertino lehnte dies ab und macht ihrerseits geltend, dass er im Jahr 2016 Urlaub genommen habe – was beweise, dass er sich seiner Verpflichtung, seinen Resturlaub zu nehmen, bewusst gewesen sei – und dass der Resturlaub zum Teil wegen seiner Kündigung nicht genommen worden sei. Sie stützt sich hierbei auf die Bestimmungen des italienischen Verwaltungsrechts, die die zugunsten der Eindämmung öffentlicher Ausgaben sowie wegen organisatorischer Erfordernisse des öffentlichen Arbeitgebers ein Urlaubsabgeltungsverbot im Fall der Eigenkündigung eines im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeitnehmers vorsehen.

Das von dem Ausbildungsleiter angerufene italienische Gericht möchte vom Gerichtshof wissen, ob das Unionsrecht einer solchen Regelung entgegensteht.

Generalanwältin Capeta legt heute ihre Schlussanträge vor.

Zu diesen Schlussanträgen wird es eine **Pressemitteilung** geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 8. Juni 2023

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-178/22 Procura della Repubblica presso il Tribunale di Bolzano

Zugriff auf Verbindungsdaten zur Ermittlung von Straftaten

Die Staatsanwaltschaft Bozen ermittelt in zwei Fällen gegen unbekannt wegen Diebstahls (je) eines Mobiltelefons. Um den/die Täter aufzuspüren,

hat sie beim Landgericht Bozen beantragt, auf die Verbindungsdaten zugreifen zu dürfen, die bei den Telefongesellschaften gespeichert sind.

Es geht in beiden Fällen um schweren Diebstahl, der von Amts wegen (d.h. auch ohne Antrag der bestohlenen Person) verfolgbar ist und mit Freiheitsstrafe von zwei bis sechs Jahren bestraft wird.

Nach italienischem Recht handelt es sich dabei um eine schwere Straftat. Der italienische Gesetzgeber hat nämlich im Nachgang zum EuGH-Urteil Prokuratur als schwere Straftaten, für die die Verbindungsdaten erhoben werden können, diejenigen bestimmt, die gesetzlich mit einer Strafe „im Höchstmaß von nicht weniger als drei Jahren“ bestraft werden. Im Urteil Prokuratur hatte der EuGH entschieden, dass Zugang zu einem Verkehrs- oder Standortdatensatz, der es ermöglicht, genaue Schlüsse auf das Privatleben zu ziehen, nur zur Bekämpfung schwerer Kriminalität oder zur Verhütung ernster Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit gewährt werden darf (siehe Pressemitteilung [Nr. 29/21](#)).

Das Landgericht Bozen ist hingegen der Ansicht, dass die Aufklärung eines Diebstahls es nicht rechtfertigen könne, in die Grundrechte auf Achtung des Privatlebens, auf den Schutz personenbezogener Daten und auf die Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit einzugreifen. Diese Rechte wären inhaltsleer, wenn in sie bei einer geringfügigen Straftat eingegriffen werden könnte.

Es hat dem EuGH daher die Frage vorgelegt, ob die Datenschutzrichtlinie 2002/58 für elektronische Kommunikation, wie sie im Urteil Prokuratur ausgelegt wurde, einer nationalen Regelung entgegensteht, die allgemein und ohne zwischen den verschiedenen Arten von Straftaten zu unterscheiden, bei ausreichenden Anhaltspunkten für eine Straftat die Erhebung von Telefonverbindungsdaten für Straftaten vorsieht, die mit einer Strafe im Höchstmaß von mindestens drei Jahren Freiheitsstrafe und Geldstrafe bestraft werden.

Generalanwalt Collins legt heute seine Schlussanträge vor.

Weitere Informationen

Donnerstag, 8. Juni 2023

9.00 Uhr!

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-462/21 Portigon / Kommission

Kartell beim Handel mit europäischen Staatsanleihen

Die Kommission stellte mit Beschluss vom 20. Mai 2021 fest, dass die WestLB (jetzt Portigon) – neben sechs anderen Investmentbanken – gegen die EU-Kartellregeln verstoßen habe, da sich eine Gruppe ihrer Wertpapierhändler an einem Kartell auf dem Primär- und Sekundärmarkt für europäische Staatsanleihen beteiligt habe. Die WestLB (jetzt Portigon) und die anderen Investmentbanken hätten gegen das Verbot von Preisabsprachen verstoßen (siehe auch Pressemitteilung der Kommission [IP/21/2565](#)).

Portigon hat diesen Beschluss vor dem Gericht der EU angefochten.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Freitag, 9. Juni 2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-441/21 UBS Groupe und UBS / Kommission

Kartell beim Handel mit europäischen Staatsanleihen

Die Kommission stellte mit einem Beschluss vom 20. Mai 2021 fest, dass die UBS – neben sechs anderen Investmentbanken – gegen die EU-Kartellregeln verstoßen habe, da sich eine Gruppe ihrer Wertpapierhändler an einem Kartell auf dem Primär- und Sekundärmarkt für europäische Staatsanleihen beteiligt habe. Die UBS und die anderen Investmentbanken hätten gegen das Verbot von Preisabsprachen verstoßen (siehe auch Pressemitteilung der Kommission [IP/21/2565](#)).

Die UBS hat den Beschluss der Kommission vor dem Gericht der EU angefochten.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Montag, 12. Juni 2023

15.00 Uhr!

Mündliche Verhandlung vor dem **Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-352/22 Generalstaatsanwaltschaft Hamm (Auslieferung eines Flüchtlings an die Türkei)**

Auslieferung eines Flüchtlings an seinen Herkunftsstaat

Ein türkischer Staatsangehöriger war aus der Türkei ausgereist, hatte Italien mit Erfolg um politisches Asyl ersucht und dort einen bis 2030 gültigen Flüchtlingsausweis erhalten. Seit 2019 lebt er jedoch in Deutschland.

Die türkischen Behörden haben den Betroffenen über Interpol zur Festnahme ausgeschrieben. Dies soll seine Auslieferung von Deutschland an die Türkei ermöglichen, damit er dort wegen Totschlags strafrechtlich verfolgt werden kann. Die Tat soll er vor seiner Ausreise nach Italien begangen haben.

Er wurde daraufhin in Deutschland festgenommen.

Das Oberlandesgericht Hamm möchte vom Gerichtshof wissen, ob der Betroffene deshalb nicht an die Türkei ausgeliefert werden darf, weil er einen gültigen italienischen Flüchtlingsausweis besitzt.

Heute findet die mündliche Verhandlung vor der Großen Kammer des Gerichtshofs statt.

Weitere Informationen

Montag, 12. Juni 2023

Mündliche Verhandlung vor dem **Gericht in der Rechtssache T-305/22 Rashnikov / Rat**

Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine

Im März 2022 beschloss der Rat angesichts der Situation in der Ukraine, die Gelder von Viktor Filippovich Rashnikov einzufrieren.

Herr Rashnikov sei ein führender russischer Oligarch und Eigentümer sowie Vorstandsvorsitzender des Unternehmens Magnitogorsk Iron & Steel Works (MMK). MMK gehöre zu den größten Steuerzahlern Russlands. Die steuerliche Belastung des Unternehmens sei in jüngster Zeit gestiegen, was sich im russischen Staatshaushalt in Form deutlich höherer Einnahmen niedergeschlagen habe. Somit sei er einer der führenden Geschäftsleute und in Bereichen der Wirtschaft tätig, die der Regierung der Russischen Föderation, die für die Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ukraine verantwortlich seien, als wichtige Einnahmequelle dienten.

Herr Rashnikov hat die gegen ihn verhängten Sanktionen vor dem Gericht der EU angefochten.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Montag, 12. Juni 2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-453/21 UniCredit und UniCredit Bank / Kommission

Kartell beim Handel mit europäischen Staatsanleihen

Die Kommission stellte mit einem Beschluss vom 20. Mai 2021 fest, dass die UniCredit – neben sechs anderen Investmentbanken – gegen die EU-Kartellregeln verstoßen habe, da sich eine Gruppe ihrer Wertpapierhändler an einem Kartell auf dem Primär- und Sekundärmarkt für europäische Staatsanleihen beteiligt habe. Die UniCredit und die anderen Investmentbanken hätten gegen das Verbot von Preisabsprachen verstoßen (siehe auch Pressemitteilung der Kommission [IP/21/2565](#)).

Die UniCredit hat den Beschluss der Kommission vor dem Gericht der EU angefochten.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Dienstag, 13. Juni 2023

Fortsetzung der gestrigen mündlichen Verhandlung vor dem [Gericht](#) in der Rechtssache T-453/21 UniCredit und UniCredit Bank / Kommission

Dienstag, 13. Juni 2023

Mündliche Verhandlung vor dem [Gericht](#) in der Rechtssache T-359/22 Zubitskiy / Rat

Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine

Im Februar 2022 beschloss der Rat angesichts der Situation in der Ukraine, die Gelder von Evgeny Borisovich Zubitskiy einzufrieren.

Herr Zubitskiy sei Miteigentümer und Vorstandsvorsitzender der Industrial Metallurgical Holding (PMH). Er sei zudem Anteilseigner der vom Mitglied der Staatsduma Boris Zubitsky gegründeten Koks Group, der Muttergesellschaft von PMH und Russlands größtem Erzeuger von marktgängigem Koks. Er sei daher einer der führenden Geschäftsleute und in einem Bereich der Wirtschaft tätig, der der Regierung der Russischen Föderation als wichtige Einnahmenquelle diene.

Herr Zubitsky hat die gegen ihn verhängten Sanktionen vor dem Gericht der EU angefochten.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Dienstag, 13. Juni 2023

14.30 Uhr!

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-333/22 Khan / Rat

Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine

Im März 2022 beschloss der Rat angesichts der Situation in der Ukraine, die Gelder von German Borisovich Khan einzufrieren.

Herr Khan sei ein Großaktionär des Konzerns Alfa Group, zu dem mit der Alfa Bank auch einer der größten Steuerzahler Russlands gehöre. Er gelte als eine der einflussreichsten Personen in Russland. Wie andere Eigentümer der Alfa Bank (Mikhail Fridman und Petr Aven) pflege er enge Beziehungen zu Vladimir Putin und beide hätten sich wichtige Dienste erwiesen. Die Eigentümer der Alfa Group würden aus dieser Beziehung geschäftliche und rechtliche Vorteile ziehen. Vladimir Putins älteste Tochter Maria habe das Wohltätigkeitsprojekt „Alfa-Endo“ geleitet, das durch die Alfa Bank finanziert worden sei. Vladimir Putin habe der Alfa Group ihre Loyalität gegenüber der Regierung Russlands mit politischer Unterstützung für ausländische Investitionspläne der Gruppe gedankt. Dadurch habe German Khan russische Entscheidungsträger, die für die Annexion der Krim oder die Destabilisierung der Ukraine verantwortlich seien, materiell oder finanziell aktiv unterstützt oder von diesen profitiert. Er gehöre daher zu den führenden russischen Geschäftsleuten, die in Bereichen der Wirtschaft tätig seien, die der Regierung der Russischen Föderation, die für die Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ukraine verantwortlich seien, als wichtige Einnahmequelle dienten.

Herr Khan hat die gegen ihn verhängten Sanktionen vor dem Gericht der EU angefochten, das heute sein Urteil verkündet.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Dienstag, 13. Juni 2023

14.00 Uhr!

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-455/21 Nomura International und Nomura Holdings / Kommission

Die Kommission stellte mit einem Beschluss vom 20. Mai 2021 fest, dass Nomura – neben sechs anderen Investmentbanken – gegen die EU-Kartellregeln verstoßen habe, da sich eine Gruppe ihrer Wertpapierhändler an einem Kartell auf dem Primär- und Sekundärmarkt für europäische Staatsanleihen beteiligt habe. Nomura und die anderen Investmentbanken hätten gegen das Verbot von Preisabsprachen verstoßen (siehe auch Pressemitteilung der Kommission [IP/21/2565](#)).

Nomura hat den Beschluss der Kommission vor dem Gericht der EU angefochten.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Mittwoch, 14. Juni 2023

Fortsetzung der gestrigen mündlichen Verhandlung vor dem [Gericht in der Rechtssache T-455/21 Nomura International und Nomura Holdings / Kommission](#)

Donnerstag, 15. Juni 2023

Urteil des [Gerichtshofs](#) in der [Rechtssache C-520/21 Bank M \(Konsequenzen bei der Nichtigkeitserklärung des Vertrags\)](#)

Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen

Ab Anfang der 2000er Jahre vergaben Banken in Polen Zehntausende von auf Schweizer Franken (CHF) lautenden oder an diesen gekoppelten Hypothekendarlehen an Verbraucher, die Immobilien erwerben wollten. Da diese Hypothekendarlehen Darlehensnehmern den Vorteil weitaus niedrigerer Zinssätze als für auf polnische Zloty (PLN) lautende Darlehen boten, waren sie sehr gefragt. Mit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise verschlechterte sich der Wechselkurs zwischen dem CHF und dem PLN aus Sicht von Inhabern der letzteren Währung. Tausende von Darlehensnehmern, darunter der betroffene Verbraucher, klagten gegen die

Banken, bei denen sie ihre Hypothekendarlehen aufgenommen hatten. Sie machten vor den polnischen Gerichten geltend, dass die Umrechnungsklauseln von PLN in CHF und von CHF in PLN in ihren Hypothekendarlehensverträgen missbräuchlich seien. In einer erheblichen Zahl von Fällen gaben die Gerichte diesem Vorbringen statt und erklärten den Hypothekendarlehensvertrag für insgesamt nichtig.

Im Rahmen einer dieser Rechtsstreitigkeiten möchte das vorliegende Gericht vom Gerichtshof wissen, ob die Parteien eines Hypothekendarlehensvertrags zwischen einem Verbraucher und einer Bank, der wegen einer darin enthaltenen missbräuchlichen Klausel insgesamt für nichtig erklärt worden ist, Ansprüche geltend machen können, die über die Rückerstattung der aufgrund dieses Vertrags erbrachten Geldleistungen und die Zahlung von Verzugszinsen in gesetzlicher Höhe ab dem Zeitpunkt der Aufforderung zur Rückerstattung hinausgehen.

Generalanwalt Collins hat in seinen Schlussanträgen vom 16. Februar 2023 die Ansicht vertreten, dass Verbraucher solche weitergehenden Ansprüche geltend machen könnten, Banken hingegen sei das verwehrt (siehe Pressemitteilung [Nr. 36/23](#)).

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 15. Juni 2023

Urteile des Gerichtshofs in den Rechtsmittelsachen C-499/21 P Silver u.a. /, C-501/21 P Shindler u.a. /, und C-502/21 P Price / Rat

Folgen des Brexit - Unionsbürgerschaft

Im Rahmen des Referendums von 2016 entschied sich die Mehrheit der britischen Wähler für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. Die Vertreter des Vereinigten Königreichs und der EU unterzeichneten das Brexit-Abkommen am 24. Januar 2020. Der Rat erließ am 30. Januar 2020 seinen Beschluss über den Abschluss des Abkommens über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft.

Mit drei verschiedenen Klagen vor dem Gericht haben britische Staatsbürger das Brexit-Abkommen und/oder den Beschluss des Rates erfolglos

angefochten und u. a. geltend gemacht, dass ihnen die Rechte entzogen würden, die sie als EU-Bürger ausgeübt und erworben hätten. Die Betroffenen sind Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und wohnen im Vereinigten Königreich und in verschiedenen Mitgliedstaaten.

Das Gericht wies ihre Klagen mit Beschlüssen vom 8. Juni 2021 als unzulässig ab.

Die Betroffenen haben die Beschlüsse des Gerichts vor dem Gerichtshof angefochten. Ohne Schlussanträge.

Zu diesen Urteilen wird es eine **Pressemitteilung** geben.

Weitere Informationen C-499/21

Weitere Informationen C-501/21

Weitere Informationen C-502/21

Donnerstag, 15. Juni 2023

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-411/22 Thermalhotel Fontana

Rückerstattung eines pandemiebedingten Verdienstentgangs

Während der Pandemie wurden im Zuge einer Kontrolle mehrere Arbeitnehmer eines österreichischen Hotelbetriebs positiv auf COVID-19 getestet. Der Hotelbetrieb meldete dies der österreichischen Gesundheitsbehörde, die jedoch den Arbeitnehmern keine Quarantäne nach den geltenden Vorschriften auferlegte, weil sie ihren Wohnsitz in Slowenien und in Ungarn hatten.

Die Gesundheitsbehörde informierte allerdings die zuständigen Behörden der betroffenen Mitgliedsstaaten, die den Arbeitnehmern aufgaben, sich in Quarantäne zu begeben. Der Hotelbetrieb entrichtete während dieser Quarantänezeit weiterhin das jeweilige Arbeitsentgelt an die Arbeitnehmer.

Der Hotelbetrieb beantragte hiernach bei der zuständigen österreichischen Behörde die Rückerstattung des in der Quarantänezeit entstandenen Verdienstentgangs der Arbeitnehmer, für den der Hotelbetrieb aufkam. Der Antrag wurde jedoch abgewiesen.

Das erstinstanzliche Gericht wies die hierauf erhobene Klage des Hotelbetriebs mit der Begründung ab, dass die Dokumente über die Anordnung der Quarantänezeit ausländischer Herkunft seien.

Der österreichische Verwaltungsgerichtshof (VwGH) will nun vom EUGH wissen, ob das Unionsrecht einer nationalen Regelung entgegensteht, nach der die Gewährung einer Vergütung für den Verdienstentgang davon abhängig ist, dass die Quarantäne von einer inländischen Behörde angeordnet wurde (siehe auch [Mitteilung des VwGH](#)). Ohne Schlussanträge.

Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 15. Juni 2023

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-755/21 P Kočner/ Europol

Schadensersatz bei Verstoß gegen Datenschutzregelungen

Nach der Ermordung eines slowakischen Journalisten und dessen Verlobter am 21. Februar 2018 in der Slowakei führten die slowakischen Behörden umfangreiche Ermittlungen durch. Im Rahmen dieser Ermittlungen sicherte die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) auf Ersuchen der slowakischen Behörden die Daten, die auf zwei mutmaßlich Herrn Kočner gehörenden Mobiltelefonen und auf einem USB-Speichermedium gespeichert waren.

Europol übermittelte im Laufe des ersten Halbjahres 2019 den slowakischen Behörden mehrere Berichte über die bezüglich des USB-Speichermediums durchgeführten Maßnahmen. Nachdem im Mai 2019 in der slowakischen Presse und im Internet sehr umfangreiche Informationen, insbesondere Transkripte von privaten Gesprächen, die u. a. von den fraglichen Mobiltelefonen stammten, aufgetaucht waren, hat Herr Kočner beim Gericht der Europäischen Union Klage erhoben. Er hat beantragt, Europol zur Zahlung eines Betrags von 100 000 Euro als Ersatz des immateriellen Schadens zu verurteilen, der ihm u. a. durch die Verletzung seiner Ehre, seines beruflichen Ansehens und seines Rechts auf Privat- und Familienleben entstanden sei, weil Europol gegen seine Verpflichtungen im Bereich des Datenschutzes verstoßen habe.

Das Gericht stellte mit Urteil vom 29. September 2021 fest, dass der beanstandete Schaden nicht Europol zuzurechnen sei und wies die Klage vollumfänglich ab (siehe Pressemitteilung [Nr. 165/21](#)).

Herr Kočner hat das Urteil des Gerichts vor dem Gerichtshof angefochten.

Generalanwalt Rantos legt heute seine Schlussanträge vor.

Zu diesen Schlussanträgen wird es eine **Pressemitteilung** geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 15. Juni 2023

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-118/22 Direktor na Glavna direksia „Natsionalna politisia“ pri MVR – Sofia

Löschung einer polizeilichen Registrierung nach verbüßter Strafe

In Bulgarien wurde ein Zeuge zu einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt, weil er die Unwahrheit gesagt hatte. Nachdem die Strafe „verbüßt“ war und er während der zwei folgenden Jahre keine neue Straftat begangen hatte, wurde er „rehabilitiert“, d.h. die Strafe wurde gestrichen und ihre Folgen für die Zukunft wurden aufgehoben.

Der Betroffene beantragte daraufhin bei der Polizeidienststelle, die damals die Ermittlungen geführt hatte, die Löschung seiner polizeilichen Registrierung. Dies wurde mit der Begründung abgelehnt, dass die „Rehabilitierung“ nicht als Lösungsgrund vorgesehen sei.

Das von dem Betroffenen angerufene bulgarische Oberste Verwaltungsgericht hat den Gerichtshof vor diesem Hintergrund um Auslegung der Richtlinie 2016/680 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten in Strafsachen ersucht. Es möchte wissen, ob die Richtlinie einer unbegrenzten Speicherung der Daten entgegensteht.

Generalanwalt Pikamäe legt heute seine Schlussanträge vor.

Weitere Informationen

Donnerstag, 15. Juni 2023

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-451/22 RTL Nederland und RTL Niews

Auskunft über Umstände des Abschusses von Flug MH17

Das niederländische Medienunternehmen RTL möchte wissen, was die niederländische Regierung über den Abschuss des Malaysia Airlines-Flugs MH17 wusste, der am 17. Juli 2014 über dem Osten der Ukraine geschah. RTL beantragte daher beim niederländischen Minister für Justiz und Sicherheit Zugang zu verschiedenen Unterlagen, darunter Meldungen des Europäischen Koordinierungszentrum für Berichtssysteme für Unfälle und Störungen (European Coordination Centre for Accident and Incident Reporting Systems, kurz ECCAIRS).

Der Minister lehnte den Antrag ab, da seiner Ansicht nach die in ECCAIRS gespeicherten Informationen gemäß der Verordnung Nr. 376/2014 über die Meldung, Analyse und Weiterverfolgung von Ereignissen in der Zivilluftfahrt nur bestimmten Personen und Organisationen zur Verfügung gestellt werden dürften, etwa aus der Luftfahrtbranche, oder solchen, die die Flugsicherheit untersuchten. RTL gehöre nicht dazu.

Der von RTL angerufene niederländische Staatsrat hat den Gerichtshof hierzu befragt.

Generalanwalt Collins legt heute seine Schlussanträge vor.

Weitere Informationen

Donnerstag, 15. Juni 2023

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-222/22 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (Nachträgliche religiöse Bekehrung)

Selbst herbeigeführter Nachfluchtgrund

Ein iranischer Staatsangehöriger hat in Österreich 2015 erstmals beim Bundesamt für Fremdwesen und Asyl (BFA) einen Antrag auf internationalen

Schutz gestellt. Die Behörde wies den Antrag ab und erließ eine Rückkehrentscheidung.

2019 stellte der Betroffene einen Folgeantrag auf internationalen Schutz, den er damit begründete, dass er nach Rechtskraft der vorherigen abweisenden Entscheidung vom Islam zum Christentum konvertiert sei.

Das BFA wies seinen Antrag hinsichtlich der Zuerkennung des Status als Asylberechtigten ab, erkannte dem Betroffenen jedoch einen Status als subsidiär Schutzberechtigten zu und erteilte ihm eine befristete Aufenthaltsberechtigung. Die Konversion des Betroffenen sei nämlich ein selbst herbeigeführter Nachfluchtgrund, so dass nach österreichischem Recht lediglich subsidiärer Schutz zuzuerkennen sei.

Der Betroffene erhob gegen diesen Bescheid eine Beschwerde an das österreichische Bundesverwaltungsgericht, welches ihm das Asylrecht mit der Begründung zuerkannte, der selbst herbeigeführte Nachfluchtgrund der Konversion habe hier keinen missbräuchlichen Charakter und sei daher auch kein Hindernis.

Das BFA hat gegen dieses Urteil eine Amtsrevision beim Verwaltungsgerichtshof (VwGH) eingereicht, welcher nun vom EUGH wissen möchte, ob das Unionsrecht einer Regelung eines Mitgliedstaates entgegensteht, wonach einem Fremden, der einen Folgeantrag stellt, in der Regel nicht der Status des Asylberechtigten zuerkannt wird, wenn die Verfolgungsgefahr auf Umständen beruht, die der Fremde nach Verlassen seines Herkunftsstaates selbst geschaffen hat (siehe auch die [Mitteilung des VwGH](#)).

Generalanwalt Richard de la Tour legt heute seine Schlussanträge vor.

Weitere Informationen

Donnerstag, 15. Juni 2023

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-330/22 Friends of the Irish Environment (Fangmöglichkeiten größer als null)

Die „Friends of the Irish Environment“, eine irische Gesellschaft für Umweltschutz, beanstandet vor dem irischen High Court Bescheide des irischen Ministers für Landwirtschaft, Ernährung und maritime Angelegenheiten, mit denen die Menge an Fisch beschränkt wird, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums von irischen Schiffen in verschiedenen Fanggebieten gefangen werden darf.

Der High Court möchte vom Gerichtshof wissen, ob die in einer EU-Ratsverordnung festgelegte Gesamtfangmenge und somit die auf dieser Grundlage erlassenen Bescheide des irischen Ministers rechtswidrig waren, weil sie der Empfehlung des internationalen Rats für Meeresforschung (ICES) zu bestimmten Arten nicht folgten.

Generalanwältin Ácapeta legt heute ihre Schlussanträge vor.

Zu diesen Schlussanträgen wird es eine **Pressemitteilung** geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 15. Juni 2023

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-333/22 Ligue des droits humains (Überprüfung der Verarbeitung von Daten durch das Kontrollorgan)

Rechte der Betroffenen bei Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten durch die Strafverfolgungsbehörden

Ein Bürger in Belgien, der beim Auf- und Abbau der Anlagen für die zehnte Ausgabe der „Europäischen Entwicklungstage“ in Brüssel mitwirken wollte, benötigte zu diesem Zweck eine sogenannte „Sicherheitsbescheinigung“. Die Nationale Sicherheitsbehörde lehnte die Erteilung jedoch mit der Begründung ab, dass er an verschiedenen Demonstrationen teilgenommen habe.

Der Betroffene ersuchte daraufhin das belgische Organ für die Kontrolle der polizeilichen Informationen (das Kontrollorgan), die für die Verarbeitung seiner Daten Verantwortlichen zu ermitteln und diese anzuweisen, ihm Zugang zu allen ihn betreffenden Informationen zu gewähren.

Das Kontrollorgan teilte ihm indessen lediglich mit, dass es die erforderlichen Prüfungen vorgenommen habe und die personenbezogenen Daten erforderlichenfalls gelöscht oder geändert worden seien.

Der Betroffene wandte sich sodann gemeinsam mit der „Ligue des droits humains“ an die belgischen Gerichte, um Zugang zu sämtlichen ihn betreffenden personenbezogenen Daten zu erhalten und zu erfahren, wer der Verantwortliche ist und an wen seine Daten weitergegeben wurden.

Der Appellationshof Brüssel ersucht den Gerichtshof in diesem Zusammenhang um Präzisierung der Rechte Betroffener, deren personenbezogenen Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung verarbeitet werden.

Generalanwältin Medina legt heute ihre Schlussanträge vor.

Zu diesen Schlussanträgen wird es eine **Pressemitteilung** geben.

Weitere Informationen

Donnerstag, 15. Juni 2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-582/22 Die Länderbahn u.a.

Nachträgliche Überprüfung von Nutzungsentgelten für das DB-Eisenbahnnetz

Die Länderbahn, die Prignitzer Eisenbahn, die Ostdeutsche Eisenbahn und die Ostseelands Verkehrs GmbH bieten in unterschiedlichen Gebieten Deutschlands Schienenpersonennahverkehrsdienste an. Sie nutz(t)en das Netz der Deutschen Bahn (DB Netz), um ihre Verkehrsleistungen zu erbringen und zahl(t)en hierzu eine Gebühr.

Sie begehren vor dem Verwaltungsgericht Köln die Verpflichtung der Bundesnetzagentur, die Unwirksamkeit der Infrastrukturnutzungsentgelte der Jahre 2002 bis 2011 mit Wirkung für die Vergangenheit und daran anknüpfende Rückzahlungspflichten der DB Netz insoweit festzustellen, als die Entgelte auf Regionalfaktoren beruhen. Dafür berufen sie sich insbesondere auf das Urteil des Gerichtshofs [*CTL Logistics*](#).

Das Verwaltungsgericht Köln hat dem Gerichtshof hierzu eine Reihe von Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Donnerstag, 15. Juni 2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-406/21 Credit Swiss Group und Credit Suisse Securities / Kommission

SSA-Anleihen-Kartell

Die Europäische Kommission hat mit Beschluss vom 28. April 2021 die **Bank of America Merrill Lynch, Crédit Agricole** und **Credit Suisse** wegen Kartellrechtsverstößen mit Geldbußen von insgesamt 28,5 Mio. Euro belegt. Gegen die Deutsche Bank wurde keine Geldbuße verhängt, da sie die Kommission vom Bestehen des Kartells in Kenntnis gesetzt hatte.

Die vier Banken hätten sich an einem Kartell im Bereich des Handels mit auf US-Dollar lautenden supranationalen, staatlichen und halbstaatlichen Anleihen (SSA-Anleihen) auf dem Sekundärmarkt im Europäischen Wirtschaftsraum beteiligt.

Ihre Wertpapierhändler, die miteinander in direktem Wettbewerb gestanden hätten, hätten sich auf Bloomberg-Terminals in multilaterale bzw. bilaterale Chatrooms eingeloggt. Sie hätten sich persönlich gekannt und daher einen geschlossenen Kreis gebildet, in dem man sich vertraut habe. Die Händler hätten einander regelmäßig über ihre aktuellen Handelstätigkeiten informiert, sensible Geschäftsinformationen ausgetauscht, die ihren Kunden oder dem Markt allgemein genannten Preise abgesprochen und ihren Handel mit den Anleihen auf dem Sekundärmarkt abgestimmt. Dieses Verhalten, das sich über fünf Jahre erstreckt habe, habe sich auf den Sekundärmarkthandel mit auf US-Dollar lautenden SSA-Anleihen im gesamten europäischen Wirtschaftsraum ausgewirkt.

Das Verhalten der vier Banken verstoße gegen die EU-Wettbewerbsvorschriften, nach denen wettbewerbswidrige Geschäftspraktiken wie Preisabsprachen untersagt seien (siehe auch Pressemitteilung der Kommission [IP/21/2004](#)).

Crédit Suisse hat diesen Beschluss der Kommission vor dem Gericht der EU angefochten.

Heute findet die mündliche Verhandlung statt.

Weitere Informationen

Freitag, 16. Juni 2023

**Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-386/21
Crédit Agricole und Crédit Agricole Corporate and Investment Bank /
Kommission**

SSA-Anleihen-Kartell

Auch Crédit Agricole hat den vorgenannten Beschluss der Kommission vom 28. April 2021 vor dem Gericht der EU angefochten.

Heute findet die mündliche Verhandlung über die Klage von Crédit Agricole statt.

Weitere Informationen

Unsere Terminhinweise informieren Sie über ausgesuchte Rechtssachen der kommenden Wochen. Diese unverbindlichen Hinweise der deutschsprachigen Sektion des Presse- und Informationsdienstes sind allein zur Unterstützung der Medienberichterstattung gedacht.

Gerichtshof der Europäischen
Union
L-2925 Luxemburg
» curia.europa.eu



CVRIA

Die neueste
EU-Rechtsprechung
jederzeit abrufbar

